



Rede

von

**Hartmut Koschyk MdB
Parlamentarischer Staatssekretär
beim Bundesminister der Finanzen**

„Sparen und Gestalten - Gegensatz oder Ergänzung“

anlässlich

des 2. Symposiums

der Kienbaum Management Consultants GmbH

„Führung und Steuerung in der öffentlichen Verwaltung“

am 16. September 2010

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Deutschland ist bislang besser durch die Krise gekommen als erwartet:

Deutschland ist die Wachstumslokomotive im Euroraum mit einem sehr stabilen Arbeitsmarkt.

Man muss fast schon daran erinnern: Wir hatten im vergangenen Jahr einen historisch einmaligen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 4,7 Prozent.

Die EU-Kommission hat in dieser Woche ihre Frühjahrsprognose vorgelegt. Bisher hat sie uns, der Bundesrepublik Deutschland, für dieses Jahr ein reales Wachstum in Höhe von 1,2 Prozent prognostiziert. In dieser Woche hat sie ihre Prognose auf 3,4 Prozent angehoben. Der IWF prog-

nostiziert für dieses Jahr ähnlich. Das heißt, wir sind auf einem guten wirtschaftlichen Weg.

- Ausschlaggebend sind zunächst die Unternehmer, die gemeinsam mit verantwortlichen Belegschaften und Mitarbeitern zum Wachstum beitragen.
- Die Restrukturierung deutscher Unternehmen hat ohne Zweifel zu mehr internationaler Wettbewerbsfähigkeit und stärkerer betrieblicher Flexibilität geführt. Die Krise konnte dadurch stärker abgefangen werden, zugleich ist ein schnelleres Wiedererstarken bei anziehender Weltkonjunktur möglich.

- Beigetragen haben aber auch wichtige strukturelle Reformen, von denen mancher, der zwischen 1998 und 2009 noch in Regierungsverantwortung stand, heute nichts mehr wissen möchte
- Nicht zuletzt bedeutend: Das beherzte Eingreifen der Bundesregierung im Rahmen der Finanz- und Wirtschaftskrise: Bankenrettungspakete, Garantie der Spareinlagen, Konjunkturpakete (in der historischen Ausnahmesituation ausnahmsweise gerechtfertigt) haben die erwünschte stabilisierende Wirkung entfaltet.

Konsolidierung hat jetzt Priorität! (Finanzpolitische Exit-Strategie)

Es ist aber auch ganz klar: Die politisch entscheidende Aufgabe ist jetzt, den rechtzeitigen Rückzug des Staates aus den außergewöhnlichen finanzpolitischen Maßnahmen zu organisieren, die nur durch die außergewöhnliche Krise zu rechtfertigen waren.

Denn gerade in der Krise hat es sich gezeigt, wie notwendig tragfähige Haushalte für die Handlungsfähigkeit von Staaten und das Vertrauen von Bürgern und Investoren sind und wie notwendig tragfähige Haushalte für eine stabile Währung sind.

Zur Fragestellung des Vortrags:

„Sparen und Gestalten - Gegensatz oder Ergänzung?“ unterstreiche ich,

was diese Koalition in ihrem Koalitionsvertrag festgehalten hat; „Nur eine durchgreifende Konsolidierungspolitik verschafft dem Staat Spielräume, um zu gestalten und den Bürger zu entlasten.“ Sparen ist Voraussetzung für Handlungsfähigkeit!

Wenn Sie erst einmal in der Lage wie andere Länder - auch in Europa - sind, dass Sie zu Getriebenen der Kapitalmärkte werden und dass ihre Zinszahlungen immer größere Anteile am Haushalt ausmachen, dann spätestens zeigt sich die Bedeutung eines sparsamen Umgangs mit öffentlichen Mitteln.

Denn die Rechnung aus der Vergangenheit kommt ganz gewiss – in Form hoher Zinslasten sofort und in Form

steigender Steuern und Abgaben früher oder später.

Und dann ist jeglicher Handlungsspielraum für politische Gestaltung bereits verspielt. In diese Situation wollen wir in Deutschland nicht kommen, und in diese Situation werden wir auch nicht kommen, wenn wir die Politik der Bundesregierung und der christlich-liberalen Koalition konsequent weiterführen.

Wichtigster „Helfer“ einer verantwortlichen Finanzpolitik ist die neue Schuldenregel.

Die zulässige strukturelle Kreditaufnahme wird im Jahr 2016 nicht mehr als 10. Mrd. € betragen dürfen. Bis dahin müssen wir die noch bestehende Kreditaufnahme in jährlich gleich

bleibenden Schritten abbauen.

Die Schuldenregel hat „unterstützende“ Funktion. Im öffentlichen Diskurs entsteht leicht der Eindruck, die Haushaltskonsolidierung diene ausschließlich der Erfüllung rechtlicher Vorgaben.

Es ist aber wie gesagt genau umgekehrt: Wir brauchen die Haushaltskonsolidierung für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Die neue Schuldenregel soll uns dabei nur helfen, nachdem die alte offenkundig nicht genügt hat. Die Bindung der Neuverschuldung an die Investitionen hat schlichtweg nicht funktioniert. Die öffentliche Verschuldung ist explodiert und mit ihr auch die Zinszahlungen. Allein der Bund zahlt

jedes Jahr rd. 37 Mrd. Euro und damit jeden achten Euro seiner Ausgaben für Zinsen.

Wenn der Staat auch in der nächsten Krise handlungsfähig sein soll, müssen wir die Neuverschuldung Schritt für Schritt reduzieren. Wir müssen uns von einem Kreislauf fernhalten, in dem Schulden immer neue Schulden nähren.

Wachstumsfreundliche Konsolidierung

Das national und international manchmal vorgebrachte Argument, Deutschland solle die Staatsausgaben noch möglichst lange auf dem (hohen) Krisenniveau halten, um „den beginnenden Aufschwung nicht abzuwürgen“ geht daher fehl.

Erstens, weil die einzelnen Schritte zur Rückführung des Defizits alles in allem

sehr moderat ausfallen. Von einem abrupten Umsteuern also nicht die Rede sein kann.

Die Konjunkturpakete laufen planmäßig aus und entfalten Wirkung noch bis 2011. Damit ist kein abrupter Ausstieg gegeben.

Bei der Verabschiedung des Haushaltsentwurfs 2010 lagen wir noch bei rund 80 Milliarden Euro Neuverschuldung, bei der Einbringung bei annähernd 86 Milliarden Euro. Im tatsächlichen Verlauf werden wir irgendwo unterhalb von 60 Milliarden Euro liegen. Wir führen die Neuverschuldung des Bundes in den Jahren 2011 bis 2014 konsequent von 57,5 Milliarden Euro - im Haushalt 2011 auf 24,1 Milliarden Euro in 2014 zurück.

Zur Umsetzung der Schuldenbremse müssen alle staatlichen Ebenen beitragen. Ab 2020 dürfen die Länder keine neuen Schulden mehr machen! Auch das EU-Defizitverfahren bezieht sich auf den öffentlichen Gesamthaushalt.

Zweitens, weil Wachstum über eine schuldenfinanzierte zusätzliche Nachfrage nicht nachhaltig ist. Solide Finanzen sind die beste Wachstumpolitik, weil sie das Vertrauen der Konsumenten und Investoren stärken.

– Meinungsumfragen belegen: Sorge der Menschen vor hohen Staatsschulden ist das größte Hindernis für eine positive wirtschaftliche Entwicklung und für eine stärkere Inlandsnachfrage.

- Solide Staatsfinanzen haben einen unmittelbar positiven Einfluss auf die privaten Investitionen, da Erwartungen positiv beeinflusst werden. Investoren können langfristig mit einer moderaten Steuer- und Abgabentwicklung rechnen und müssen auch nicht befürchten, dass der Staat sie bei der Finanzierung wichtiger Investitionen aus dem Markt drängt.
- Die internationale wirtschaftswissenschaftliche Forschung ist sich weitgehend einig, dass die Reduktion hoher Schuldenstandsquoten in Industrieländern das Wachstumspotenzial erhöht – und umgekehrt zu hohe Schulden das Wachstum dämpfen!

„Zukunftspaket“ der BReg

Und drittens deswegen, weil wir auf intelligente Weise konsolidieren. Im Rahmen der Konsolidierung bleibt Raum für eine Stärkung der Wachstumsmotoren der deutschen Volkswirtschaft.

Dies ist der Grund, warum Sparen und Gestalten sich ergänzen, und kein Widerspruch sind!

Das Zukunftspaket sieht u. a. vor:

- Bei Bildung und Forschung Mehrausgaben von 12 Mrd. Euro
- Der Sozialbereich kann bei der Konsolidierung nicht ausgespart werden, wenn ein Großteil der

Einnahmen des Bundes für soziale Aufgaben verwendet wird

- Die Koalition will aber keine Kürzungen von Sozialleistungen „mit dem Rasenmäher“. Stattdessen sollen z. B. durch den Umbau der Arbeitsförderung oder die Anrechnung von Elterngeld auf ALG-II-Leistungen die Anreize zur Aufnahme von Arbeit gestärkt werden.

Die Koalition sieht im Rahmen der Konsolidierung keine generellen Steuererhöhungen, sondern nur moderate Eingriffe wie die Abschöpfung eines Teils der Gewinne aus der Verlängerung der AKW-Laufzeiten, mehr Gerechtigkeit und Steuervereinfachung bei der „Ökosteuer“ vor.

Dass einzelne Elemente des Konsolidierungspakets umstritten sind, ist ganz normal. Manches wird auch im parlamentarischen Verfahren noch verändert werden. Nur eines muss klar sein: Das Gesamtvolumen der Konsolidierung werden wir halten!

Je schneller wir Erfolge beim Defizitabbau erreichen, umso eher haben wir künftig Spielräume, die wir auch für eine steuerliche Entlastung von Leistungsträgern der Mittelschicht nutzen können

Europäische Dimension

Die zu hohen Staatsdefizite in vielen Ländern, insbesondere Industrieländern, sind eine der Hauptursachen der Krisen, die wir an den Finanzmärkten und am Schluss auch in der

Euro-Zone in diesem Jahr hatten. Wer uns krisenfester für die Zukunft machen will, der muss diese zu hohen Defizite zurückführen. Daran führt kein Weg vorbei, in Deutschland nicht und auch in Europa nicht.

Der Europäische Stabilisierungsmechanismus war ein notwendiger Schritt, aber wir haben uns nur „Zeit gekauft“, die wir jetzt auch nutzen müssen. Griechenland akzeptiert derzeit starke Eingriffe in seine Souveränität. Das muss letztlich Vorbild sein für ein früheres Eingreifen im Rahmen eines reformierten Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

Die Staatsschuldenkrise im Euroraum muss aber nachhaltig gelöst werden. Wir müssen den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt

stärken; denn seine Instrumente haben nicht ausgereicht, die Krise des Euro, ausgehend von Griechenland, zu verhindern.

Die Bundeskanzlerin hat am 25. März dieses Jahres im Europäischen Rat durchgesetzt, dass wir konsequent daran arbeiten, die Instrumente des Stabilitäts- und Wachstumspaktes effizienter zu gestalten. Hierzu wurde eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des europäischen Ratspräsidenten van Rompuy eingerichtet. Diese so genannte Taskforce hat den Auftrag, zunächst einmal bis Oktober die Schritte zu definieren und vorzuschlagen, die wir ohne Änderung der europäischen Verträge zustande bringen können. Danach reden wir in der zweiten Etappe über diejenigen

Schritte, die eine Veränderung in den europäischen Verträgen notwendig machen.

Deutschland hat hier sehr früh seine Vorschläge insbesondere zur Verbesserung der Krisenprävention und zur Krisenlösung eingebracht.

Die Kontrolle von Defizitsündern und die Transparenz in der Abstimmung der Haushaltsverfahren innerhalb Europas soll z. B. mit dem Europäischen Semester verbessert werden. Es ist wichtig, dass alle frühzeitig Kenntnis von den Verfahren der anderen erhalten und dass wir als nationale Haushaltsgesetzgeber uns unserer Verantwortung für das Ganze in Europa bewusst sind. Mehr Transparenz und frühere Abstimmung

sind ein Beitrag dazu, dass alle ihre Verantwortung besser wahrnehmen.

Dazu gehört auch, dass wir die Kriterien verschärfen, dass wir insbesondere die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften als ein wichtiges Element der Beurteilung frühzeitig mit einbeziehen

Wir brauchen auch eine effektivere Anwendung von Sanktionen bei „Regelverstößen“. Etwa durch Einbehalt von Mitteln des europäischen Strukturfonds. Zudem brauchen wir in einem zweiten Schritt - darüber gibt es in Europa noch keinen völligen Konsens - Maßnahmen, die nicht ohne eine Änderung der europäischen Verträge zu erreichen sind. Wer beispielsweise nichtökonomische Sanktionen, also etwa den Ausschluss

von Stimmrechten, vorübergehend einführen will, braucht dazu eine Vertragsänderung. Wir brauchen solche moralischen Sanktionen, weil die ökonomischen Sanktionen zum Teil nicht mehr richtig wirken, wenn das Defizit eines Landes schon sehr weit fortgeschritten ist. Das ist eine zusätzliche Maßnahme, um den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt zu stärken.

Reformen auf den Finanzmärkten

Gestaltende Politik geht aber weit über „Geldausgeben“ hinaus, sie umfasst insbesondere die Gestaltung der Rahmenbedingungen.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat Defizite im Ordnungsrahmen unserer

Wirtschaftssysteme deutlich gemacht. Beim Wirtschaftswachstum, bei der öffentlichen und teilweise auch der privaten Verschuldung und auch auf den Finanzmärkten gab es Entwicklungen, die nicht tragfähig waren.

Der Staat muss die Rahmenbedingungen so setzen, dass Fehlentwicklungen, die zu massiven real- und finanzwirtschaftlichen Verwerfungen führen, künftig vermieden werden. Ein wichtiges Stichwort ist in diesem Zusammenhang etwa ganz im Sinne von Ludwig Erhard die Stärkung von Haftung und Verantwortung.

Daher bleibt auch die Re-Regulierung der Finanzmärkte eine wichtige Aufgabe. Es besteht durchaus ein Zusammenhang mit der Euro-Staats-

schuldenkrise: Wären die Finanzmärkte in einer besseren Verfassung gewesen, hätte sie auch die Insolvenz eines wirtschaftlich kleinen Euro-Landes absorbieren können.

Als Leitlinie für Neuordnung der Finanzmärkte muss gelten: Gewinnchancen und Haftung müssen in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Dort, wo vollumfängliche Haftung Privater nicht glaubwürdig ist, muss (quasi hilfsweise) eine Regulierung einsetzen.

Abschluss

Mit den Maßnahmen im Bereich der Konjunkturstabilisierung, der Finanzmarktstabilisierung und der Stabilisierung des Euro hat Deutschland zusammen mit seinen europäischen und

internationalen Partnern beherzt und wirkungsvoll zur Abwehr der Krise gehandelt.

Jetzt gilt es aber aus der Krise zu lernen, den Ordnungsrahmen zu verbessern und vor allem die öffentlichen Haushalte zu sanieren!

Wir sparen, um gestalten zu können. Damit wir für unsere Kinder und Enkel ein lebenswertes zukunftsfähiges Land erhalten könne. Hierbei hat die christlich-liberale Bundesregierung mit der Sozialen Marktwirtschaft ein klares Leitbild für den vor uns liegenden Weg!